



II-2987 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 7. 9. 1973

Zl. 17.267-Präs.G/73

1431 / 1. E.
zu 1451 / J.
Präs. am 11. Sep. 1973

Parlamentarische Anfrage 1451/J der
Abgeordneten Dr. Kaufmann, Dr. Pelikan,
Dr. Schwimmer und Genossen;
betreffend Beiräte, Kommissionen
und Projektgruppen.

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 1451/J, die die Abgeordneten Dr. Kaufmann, Dr. Pelikan, Dr. Schwimmer und Genossen am 11. Juli 1973 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

- ad 1.) "Welche der von Ihnen in der Anfragebeantwortung aus dem Jahre 1972 angeführten Projektgruppen, Beiräte und Kommissionen wurden seither aufgelöst
- a) wegen Abschluß der ihnen zugedachten Arbeiten?
 - b) aus welchen sonstigen Gründen?"

Die Vorbereitungskommission für die Verhandlungen mit den EG hat ihre Arbeiten erfüllt und mit 22. Juli 1972, dem Datum der Unterzeichnung der Verträge mit den EG, zu bestehen aufgehört.

Blatt 2

Die Arbeitsgruppen "Patentförderung" und "Innovationsförderung", deren Tätigkeit in der Schaffung des Vereines "Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung" bestand, wurden mit der Anmeldung des Vereines am 23. Juli 1973 bei der zuständigen Vereinsbehörde aufgelöst.

Die Beratungsgruppe "Fremdenverkehrsstatistik" hat zwischenzeitlich ihre Tätigkeit erfolgreich beendet und wurde aufgelöst. Ihre Mitwirkung bei der Vorbereitung der Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung 1973, BGBl.Nr.73/1973, die am 1.Mai 1973 in Kraft getreten ist, hat sich als wertvoll erwiesen.

Blatt 3

ad 2.) "Zu welchen Ergebnissen führten die Arbeiten der von Ihnen damals angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte?"

Die Vorbereitungskommission für die Verhandlungen mit den EG lieferte die Unterlagen und Entscheidungsgrundlagen zur Führung der Verhandlungen mit den EG, die u.a. in folgenden Staatsverträgen und Gesetzen ihren Niederschlag fanden;

Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG, BGBl. Nr. 357/1972

Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der EG für Kohle und Stahl, BGBl. Nr. 358/1972

Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabengesetz geändert wird, BGBl. Nr. 359/1972

Interimsabkommen-Durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 360/1972

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG, BGBl. Nr. 466/1972

Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der EG für Kohle und Stahl und der EG für Kohle und Stahl andererseits, BGBl. Nr. 467/1972

EG-Abkommen-Durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 468/1972

Die Arbeiten des Konsumentenpolitischen Beirates und dessen nachstehend angeführten Ausschüsse führten zu folgenden Ergebnissen:

Deklarationsausschuß:

Es wurden die Entwürfe für die Produktdeklaration Geschirrspüler, Staubsauger, Bestrahlungsgeräte, Kühlschränke,

Bügeleisen, Tiefkühlgeräte und nicht textile Bodenbeläge erarbeitet. Außerdem wurden die Grundlagen für eine Schuhkennzeichnungsverordnung ausgearbeitet.

Wettbewerbsausschuß:

Die Ständige Kommission für Reisebürofragen behandelt laufend Beschwerden von der Konsumentenseite und beschäftigt sich außerdem derzeit mit der Anwendungsmöglichkeit der Schwedischen VDN-Norm für die österreichische Reiseprospektgestaltung. Eine weitere Arbeitsgruppe des Wettbewerbsausschusses ist derzeit damit befaßt, Möglichkeiten für einen faireren Wettbewerb zu suchen.

Ausschuß Wirtschaftswerbung:

Herausgabe von Informationsbriefen an Werbungtreibende, in denen Mißstände aufgezeigt werden. In der Praxis läßt sich feststellen, daß diese Empfehlungen von den Werbungtreibenden akzeptiert werden. Bemerkenswertester Erfolg der bisherigen Tätigkeit: Einstellung der Nikotinwerbung in Rundfunk und Fernsehen ab 1. Juli 1973 und Selbstbeschränkung der Alkoholwerbung sowie Nikotinwerbung ebenfalls ab 1. Juli 1973.

Konsumentenschutzausschuß:

Der Ausschuß hat mit der Herausgabe der Konsumentenfibrel seine Arbeit beendet. Die Fibel wurde vom Handelsministerium in einer Auflage von 200.000 Stück hergestellt und kostenlos Interessenten zur Verfügung gestellt. Die Nachfrage war derart groß, daß die Auflage bereits vergriffen ist. Von verschiedenen Stellen, insbesondere Schulbehörden finanziert, ist daher mittlerweile eine Neuauflage im Ausmaß von 75.000 Stück erschienen.

Blatt 5Rechtsausschuß:

Der Ausschuß ist damit beschäftigt, eine Studie über internationale Vorbilder einer Beschwerde- bzw. einer Schlichtungsstelle zu erarbeiten. Außerdem befaßte sich der Ausschuß mit dem Verordnungsentwurf über die Er-sichtlichmachung des Preises in bezug auf bestimmte Gewichts- und Mengeneinheiten. Es wurde der Waren-korb festgelegt und die Ausnahmebestimmungen.

Ausschuß Möbel und Wohnen:

Es wurde die Schaffung eines Staatspreises für Möbel be-schlossen, der am 5. März 1973 erstmals verliehen wurde. Eine Arbeitsgruppe ist außerdem mit der Erstellung von einheitlichen Verkaufs- und Lieferbedingungen für alle jene Vertriebsarten beschäftigt, die sich mit dem Ver-kauf von Möbeln an Letztverbraucher befassen.

Textilausschuß:

Die Grundlagen für eine Reihemessung für Herren- und Knabenoberbekleidung sind erarbeitet worden und die Messung in Auftrag gegeben.

An Arbeiten des Kraftfahrbeirates ergaben sich die Be-gutachtung der Regierungsvorlage des Entwurfes einer Novelle zum Kraftfahrgesetz 1967, der Entwürfe von drei Novellen zur Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967 sowie die Begutachtung der Entwürfe von zwei Ver-ordnungen betreffend die Neufestlegung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsprämien.

Die in der letzten Anfragebeantwortung angeführte "Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maß-nahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsaus-bildung" und die von hier bis jetzt eingesetzten

Arbeitsausschüsse (Unterkommissionen für Basisausbildung Elektrolehrberufe, für Basisausbildung kaufmännischer Lehrberufe und für Lehrpläne der Berufsschulen) haben zwischenzeitlich die Beratungen unter teilweiser Beiziehung von Experten fortgesetzt. Hiebei konnten die ersten gemeinsamen Vorstellungen über die Gestaltung einer Basisausbildung für die Elektrolehrberufe sowie über die Erzielung eines Grundausbildungseffektes durch Neugestaltung des kaufmännischen Berufsschulunterrichtes erarbeitet werden.

Dem "Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz" lagen seit Beginn des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes 232 Sonderfälle in 21 Sitzungen zur Begutachtung vor bzw. wurden der Bürgschaftsfonds Gesellschaft m.b.H. zur entsprechenden Erledigung vorgeschlagen. Der Beirat wurde dreimal zu der Abänderung der Richtlinien (zuletzt im Juni 1973), die vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie laut Gesetz herauszugeben sind, gehört bzw. herangezogen.

Die Arbeitsergebnisse der "Arbeitsgruppe landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse" dienten im Bereich des Exportes und Importes landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse in die EG als Basis für die österreichische Verhandlungsdelegation in Brüssel beim Abschluß des EWG Vertrages. Die Arbeiten der o.a. Arbeitsgruppe führten ferner zur Novellierung des Ausgleichsabgabegesetzes (BGBl. Nr. 359/72).

Das Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs ist eine lose, autonome Arbeitsgemeinschaft, welche wohl auch vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie als Beirat herangezogen werden kann. Eine solche Heranziehung ist jedoch bisher nicht erfolgt.

Blatt 7

Eine Untergruppe der im Jahre 1971 im Handelsministerium eingesetzten Arbeitsgruppe "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie", die die Teilkoordination der Finanzierungseinrichtungen auf dem Gebiet der Industriepolitik besorgt, hat ein einheitliches "Schema eines Kreditantrages bzw. Antrages auf Übernahme einer Bürgschaft für Investitionen bzw. Investitionskredite im Bereich der Industrie (einschließlich Gewerbe) und des Handels" ausgearbeitet.

Dieses Einheitsformular, das nunmehr von der Arbeitsgruppe genehmigt wurde, wird bei der Antragstellung an den ERP-Fonds, den EE-Fonds, die Österr. Kommunalkredit AG sowie die Österr. Investitionskredit AG verwendet werden und soll den Förderungs- werbern die Antragstellung erleichtern. Diesem Schritt, der als eine Serviceleistung für die Wirtschaft anzusehen ist, ging bereits vor längerer Zeit eine Vereinheitlichung der Definition der Kennziffern für die Bilanzanalyse voraus, die zu einer erleichterten und daher beschleunigten Bearbeitung der Kreditanträge bzw. der Anträge auf Bürgschaftsübernahme durch die Finanzierungseinrichtungen beigetragen hat. Das Bundeskanzleramt wird prüfen, inwiefern für ERP-Mittel-Kredite ein gekürztes Einreichungsformular eingeführt werden könnte.

Weiters wurde in der Sitzung der Arbeitsgruppe beschlossen, noch im Herbst d.J. die gemeinsam vom Handelsministerium und der Bundeswirtschaftskammer herausgegebenen Broschüre "Sonderkredite und Garantien", in der sämtliche bundesweite Förderungseinrichtungen für die Industrie dargestellt werden, neu aufzulegen. Diese Broschüre steht über Anforderung den Interessenten kostenlos zur Verfügung.

Bei der "Arbeitsgemeinschaft Österr. Managementinstitutionen" als auch beim "Interministeriellen Beamtenausschuß" handelt es sich um Dauereinrichtungen. Eine schematische Beantwortung dieses Punktes erscheint daher nicht möglich. Im übrigen darf auf die letzten parlamentarischen Anfragebeantwortungen verwiesen werden.

Dem Außenhandelsbeirat gemäß § 14 des Außenhandelsgesetzes 1968, BGBl. Nr. 324 sind gemäß § 14 Abs. 1 des Außenhandelsgesetzes alle grundsätzlichen Angelegenheiten des Warenverkehrs über dem Zollausland und alle bewilligungspflichtigen Einfuhrgeschäfte mit einem Warenwert über 200.000 S zur Begutachtung vorzulegen. Unter dem Titel der grundsätzlichen Angelegenheiten des Warenverkehrs wurden beim Beirat insbesondere Verordnungen nach dem Außenhandelsgesetz zur Begutachtung übermittelt.

Der Beirat auf Grund der §§ 31 ff des Antidumpinggesetzes 1971, BGBl. Nr. 384, übt das Begutachtungsrecht von Maßnahmen nach dem Antidumpinggesetz, wie der Einführung von Antidumping- und Ausgleichszöllen aus.

Das gleiche Gremium wird gemäß § 3 des Anti-Marktstörungsgesetzes, BGBl. Nr. 393/1971, tätig. Der Beirat war im Rahmen des Anti-Marktstörungsgesetzes im Berichtszeitraum am Zustandekommen zweier Richtpreisverordnungen beteiligt. (Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom 31. August 1972 und 31. August 1973).

Der "Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik" befaßte sich mit folgenden Problemen:

Erstellung eines SO₂-Emissionskatasters, der zunächst die Emissionen sämtlicher Großemittenten aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft erfaßt. (Erst jüngst wurde SO₂ von der OECD als der gefährlichste Luftverunreiniger festgestellt, woraus sich die Bedeutung dieser Arbeiten ergibt.)

Zum Problem der Altölbeseitigung wurden Erhebungen über den tatsächlichen Anfall sowie Vorbereitungen zu einer gesetzlichen Regelung eingeleitet.

Der Aufbau einer Dokumentation der ökonomisch-technologischen UW-Probleme hat bereits umfangreiches Material erbracht.

Blatt 9

Problematik des Sondermülls, zu dessen "Recycling" erste praktische Versuche durch Einrichtung von "Abfallbörsen" in zwei Bundesländern angelaufen sind.

Weiters befaßte sich der Arbeitskreis mit der Problematik der Beseitigung von Autowracks und der Phosphate in den Waschmitteln, welche Probleme wirksamer Abhilfemaßnahmen bedürfen.

Der "Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz" befaßte sich wiederholt mit der im Herbst d.J. in München stattfindenden Diplomatischen Konferenz über die Einführung eines Europ. Patenterteilungsverfahrens und wirkte an den diesbezüglichen Vorarbeiten des ho. Ressorts maßgebend mit.

Weiters wurden im genannten Beirat die Voraussetzungen für eine von der österreichischen Wirtschaft als äußerst wünschenswert bezeichnete Auskunftserteilung über den neuesten Stand der Technik (kommerzielle Recherche) durch das Österr. Patentamt geprüft und ein Entwurf der dem Parlament als Regierungsvorlage bereits übermittelten Novelle zum Patentgesetz 1970 ausgearbeitet.

- ad 3.) "Welche Verwertung erfuhren die Arbeitsergebnisse der von Ihnen angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte
- a) Im Hinblick auf ihre Gesetzesarbeit?
 - b) Im Hinblick auf ihre Budgetgestaltung 1973 - 1974 ?"

Von den angeführten Beiräten, Kommissionen etc. haben nur folgende auf die Gesetzesarbeit bzw. Budgetgestaltung Auswirkungen:

Die Arbeiten der Ausschüsse des Konsumentenpolitischen Beirates erfuhren in Hinblick auf die Gesetzesarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie nachstehende Verwertung:

BGBI. Nr.	74/1973	Waschmittelverordnung
"	"	44/1973 Produktdeklaration Kasseten-Tonbandgeräte
"	"	54/1972 Produktdeklaration Farbfernsehgeräte
"	"	187/1972 Produktdeklaration Rundfunk-Empfangsgeräte
"	"	175/1973 Produktdeklaration Geschirrspülmaschine

Verordnung über die Kennzeichnung verpackter Lebensmittel,
Verordnung über die Ersichtlichmachung des Preises je
Mengen- oder Gewichtseinheit.

Die Arbeitsergebnisse des Beirates "Gewerblicher Rechtsschutz" erfuhren nachstehende Verwertung:

Novelle zum Patentgesetz 1970 wurde als Regierungsvorlage dem Parlament übermittelt.

Die Arbeiten der "Arbeitsgruppe landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse" führten zur Novellierung des Ausgleichsabgabegesetzes (BGBI. Nr. 359/72).

Die Arbeiten der Beratungsgruppe "Fremdenverkehrsstatistik" führten zur Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung 1973, BGBI.Nr.73/1973.

Blatt 11

Die Arbeiten des "Kraftfahrbeirates" erfuhren in Hinblick auf die Gesetzesarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie nachstehende Verwertung:

KFG-Novelle 1971 vom 8.7.1971, BGBl. Nr. 285, Novellen zur Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967 vom 16.9.1971, BGBl.Nr. 376, vom 28.4.1972, BGBl. Nr. 177, und vom 26.7.1972, BGBl. Nr. 356, Verordnungen des Bundesministers für Finanzen (Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung) vom 18.6.1971, BGBl. Nr. 226, und vom 29.7.1972, BGBl. Nr. 320.

Im Hinblick auf Umfang und Schwierigkeit des Aufgabenbereiches der "Zentralen Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung" und die oftmals gegebenen unterschiedlichen Auffassungen zu einzelnen Fragen sind die bisherigen Beratungsergebnisse jedenfalls noch nicht soweit gediehen, daß sie eine Verwertung erfahren konnten. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Bemühungen um eine zweckentsprechende Berufsforschung.

Die Vorbereitungskommission für die Verhandlungen mit den EG lieferte die Unterlagen und Entscheidungsgrundlagen zur Führung der Verhandlungen mit den EG, die u.a. in folgenden Staatsverträgen und Gesetzen ihren Niederschlag fanden:

Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG, BGBl. Nr. 357/1972

Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der EG für Kohle und Stahl, BGBl. Nr. 358/1972

Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabengesetz geändert wird, BGBl. Nr. 359/1972

Interimsabkommen-Durchführungsgesetz, BGBl.Nr. 360/72

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG, BGBl. Nr. 466/1972

Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der EG für Kohle und Stahl und der EG für Kohle und Stahl andererseits, BGBl. Nr. 467/1972
EG-Abkommen-Durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 468/1972

Der "Anti-Marktstörungsbeirat" war im Rahmen des Anti-Marktstörungsgesetzes im Berichtszeitraum am Zustandekommen zweier Richtpreisverordnungen beteiligt (Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom 31. August 1972 und 31. August 1973).

Im übrigen darf auf die Beantwortung der Frage Nr. 7.) verwiesen werden.

Blatt 13

ad 4.) "Welche Beiräte, Projektgruppen, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstige Arbeitsgruppen bestehen in oder bei Ihrem Ministerium oder wurden seit der letzten Anfragebeantwortung errichtet, an denen auch Experten, Wissenschaftler oder sonstige Personen von außerhalb Ihres Ressorts mitarbeiten?"

An nachstehend angeführten Beiräten, Arbeitskreisen, Ausschüssen etc. arbeiten Experten, Wissenschaftler oder sonstige Personen von außerhalb meines Ressorts mit:

Konsumentenpolitischer Beirat und dessen Ausschüsse

Arbeitsgemeinschaft österreichischer Management-Institutionen

Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die
Industrie"

Kraftfahrbeirat

Außenhandelsbeirat

Antidumpingbeirat und Antimarktstörungenbeirat

Arbeitsgruppe zur innerösterreichischen Lösung der Probleme
landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse

Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur
weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung

Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs

Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz

Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung

Beirat zur Förderung der Zuckerverwertung und der Stärke-
förderung

Interministerieller Beamtensauschuß für Investorenwerbung

Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Entwurfes für ein
EGKS-Abkommen - Durchführungsgesetz

ad 5.) "Mit welchen Aufgaben sind diese Beiräte usw. betraut?"

Bezüglich der Aufgaben nachstehender Beiräte usw. darf auf die parlamentarischen Anfragebeantwortungen vom 16. August 1971, Zl. 16.831-Präs.A/71, bzw. vom 5.8.1972, Zl. 17.256-Präs.G/72 verwiesen werden:

Konsumentenpolitischer Beirat und dessen Ausschüsse;
Interministerieller Beamtenausschuß für Investorenberatung;
Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik;
Arbeitskreis Außenhandel;
Arbeitskreis zur Koordinierung der Industriepolitik
(Arbeitskreis Bundesweite Finanzierungseinrichtung für die Industrie);
Außenhandelsbeirat;
Antidumpingbeirat;
Kraftfahrbeirat;
Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institutionen;
Arbeitskreis landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse;
Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung;
Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs;
Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz;
Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz;
Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung;

Aufgrund des Zuckerförderungsgesetzes (BGBl.Nr.494/72) wurde im ho. Ressort ein Beirat eingerichtet, dessen Tätigkeit sich auf die Beratung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie in grundsätzlichen Fragen der Förderung der Zuckerverwertung und der Stärkförderung erstreckt.

Der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Entwurfes für ein EGKS-Abkommen - Durchführungsgesetz oblag die Vorbereitung des Entwurfes eines EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetzes und der entsprechenden Durchführungsverordnung.

Blatt 15

Die im Vorjahr angeführte Arbeitsgruppe landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse wurde nicht aufgelöst, Nach Abschluß der Arbeiten im Zusammenhang mit der Novelle zum Ausgleichsabgabegesetz befaßte sich diese Arbeitsgruppe mit Fragen der Obst- und Gemüsekonserven im Zusammenhang mit der bevorstehenden Obstliberalisierung.

ad 6.) "Welches Timing wurde diesen Gruppen hinsichtlich ihres Arbeitsablaufes vorgegeben bzw. welches Timing haben sich diese Gruppen selbst gesetzt?"

Der "Konsumentenpolitische Beirat", seine Ausschüsse und deren Arbeitsgruppen waren bei allen Projekten bestrebt, diese zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu erledigen.

Das Timing der "Arbeitsgemeinschaft österr. Management-Institutionen", welche als Dauereinrichtung gedacht ist und eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, hängt vom Arbeitsanfall ab.

Die Arbeitsgruppe des Arbeitskreises "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie" wird nach Bedarf zu den Sitzungen einberufen.

Das Timing des "Kraftfahrbeirates" des Beirates nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz sowie des "Antidumpingbeirates" ergibt sich aus den jeweils im Rahmen des Kraftfahrgesetzes bzw. des Antidumpinggesetzes vorgesehenen Aufgaben bzw. Maßnahmen. Der "Außenhandelsbeirat" kommt seinen gesetzlich festgelegten Aufgaben in wöchentlichen Sitzungen nach.

Die "Arbeitsgruppe zur Lösung der Probleme landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse" tritt unter Bedachtnahme der anfallenden Probleme zusammen.

Die "Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildungen" wird im Hinblick auf Art und Umfang der zu beratenden Maßnahmen die bezüglichen Beratungen in absehbarer Zeit nicht abschließen können.

Blatt 17

Das "Kuratorium des österreichischen Fremdenverkehrs" stellt eine lose Arbeitsgemeinschaft dar und wird je nach Bedarf zu Sitzungen einberufen.

Der "Beirat für den Gewerblichen Rechtsschutz" ist als Dauer-einrichtung gedacht; die Sitzungstermine hängen u.a. vom Termin internationaler Konferenzen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes ab.

Beim "Interministeriellen Beamtenausschuß für Investorenwerbung" besteht kein festes Timing, vielmehr hängt das Wirksamwerden des Ausschusses von den jeweiligen Gegebenheiten und Erfordernissen ab.

Die Arbeit der "Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Entwurfes für ein EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz" war mit dem Ziel der rechtzeitigen Einbringung einer Regierungsvorlage für die Frühjahrssaison 1973 terminisiert und führte zum EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz BGBl. Nr. 332/1973. Die Durchführungsverordnung ist im Entwurf fertiggestellt.

Beim "Beirat zur Förderung der Zuckerverwertung und der Stärkeförderung" besteht kein besonderes Timing, da sich der Beirat mit laufenden administrativen Fragen befaßt.

Die Sitzungen des "Arbeitsausschusses für wirtschaftliche Landesverteidigung" werden fallweise einberufen. Hiezu kommen noch die Sitzungen von insgesamt sieben Arbeitsgruppen, die der Arbeitsausschuß bei seiner Konstituierung am 6. Juni 1962 zur Bearbeitung der verschiedenen Sachgebiete ins Leben gerufen hat. Die jährliche Anzahl der Sitzungen wechselt naturgemäß entsprechend den anstehenden Schwerpunktaufgaben. Einschließlich der Arbeitsgruppen ist der Arbeitsausschuß bisher jährlich bis zu 8 mal zusammengetreten.

Der "Arbeitskreis für wirtschaftliche Umwelt-politik" tritt fallweise zusammen und wurde bisher 2 mal einberufen, um bestimmte Schwerpunktvorhaben festzulegen.

ad 7.) "Welcher Budgetrahmen steht diesen Gruppen für ihre Arbeit zur Verfügung bzw. mit welcher Kostenhöhe wurden sie veranschlagt?"

Für den Aufgabenkreis "Management-Development" sind für das Jahr 1973 S 500.000,-- bereitgestellt. Bisher sind hievon S 65.000,-- für die Neuauflage der im Vorjahr erstmalig von gegenständlicher Arbeitsgemeinschaft ausgearbeiteten Broschüre "Management-Ausbildung in Österreich" vorgesehen. Diese Broschüre stellt eine Übersicht der in Österreich angebotenen einschlägigen Ausbildungsveranstaltungen dar, die zu einer besseren Markttransparenz für die Wirtschaft führen soll.

Zur finanziellen Bedeckung der im Gewerbestrukturverbesserungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen stehen jährlich Mittel in der Höhe von insgesamt 5 von Hundert der Einnahmen aus der Bundesgewerbesteuer des dem jeweiligen Finanzjahr zweitvorangegangenen Finanzjahres zur Verfügung. Dies bedeutet, daß im Jahre 1973 für die Förderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz S 147,456.000,-- zur Verfügung stehen.

Für die Arbeiten aller übrigen Gruppen sind Budgetmittel nicht besonders festgehalten.

Blatt 19

ad 8.) "Wie lauten die Namen jener Personen, die im Rahmen einer der angeführten Projektgruppen, Beiräte, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeiten oder seit Jänner 1972 mitgearbeitet haben, ohne Beamte Ihres Ressorts zu sein?"

Konsumentenpolitischer Beirat und dessen Ausschüsse:

Dipl.-Ing. Ingobert Altmann	Dr. Klaus Smolka
Dr. Otto Auracher	Dr. Gerhard Karsch
Präs. Labg. Kom. Rat Dr. Erich Ebert	Sekr. Rudolf Gamperling
Inge Görner	MR Gerhard Paral
Rosemarie Hessenberger	Dr. Ernst Massauer
Dr. Eva Preiss	Dr. Stefan Kloss
Dr. Edmund Reichard	Hofrat Direktor Dozent
Ing. Alfred Satran	DDr. Friedrich Petuely
Red. Alois Seebacher	Kom. Dr. Wolfgang Hauser
Maria Szecsi	Dr. Alfred Psota
Dipl.-Ing. Wilhelm Lilge	Dr. Herbert Gutwald
Dr. Werner Schindl	Dr. Johann Farnleitner
Dr. Gertrude Wagner	Dr. Klaus Hecke
Dr. Otto Zöllner	Dr. Günter Lukas
Dr. Rudolf Christian	Dr. Hans Zikeli
Robert Bauer	DKfm. Hans Prögelhöf
Dr. Ladislaus Blaschek	Dr. Otto Obendorfer
Dr. Stefan Dolinay	Gen. Sekr. Dr. Otto Trautmann
Dipl.-Ing. Alphons Donko	Dr. Oskar Hueber
Arch. Dipl. Ing. Kurt Jirasko	Hofrat Walter Bochdansky
LWR. Dipl. Ing. Richard Kaiser	Kom. Rat Walter Figdor
Dr. Thomas Lachs	Dr. Franz Trabauer
Dr. Erich Linke	Dr. Friedrich Praschinger
Dr. Karl Mayerhofer	Dr. Paul Schimka
Dr. Robert Wessely	Dr. Karl Dexinger
Univ. Prof. Dr. Fritz Schönherr	Dr. Alexander Pfann
Ing. Ludwig Breit	DKfm. Johann Hauf
Horst Cermak	Dr. Wolfgang Cermak

Dir.ObLdwR.Dipl.Ing.Franz Geiger
Dr. Hella Hanslik
Dr. Norbert Kraus
Ing.Karl Litschka
Dr. Heinz Raschka
Hilde Seiler
Henriette Schöchtner
Dipl.Ing.Hannes Spitalsky
KomRat Franz Xandner
Prok. Herbert Reimitz
Alfred Dobner
Dir.Dr. Franz Lettner
Dr. Gottfried Holzer
Abg.z.NRDr.Marga Hubinek
Dr.Hans Magrutsch
Dr. Erich Schmidt
Dr. Erika Seda
KomRat Dir.Kurt Smolka
Dr. Peter Kapral
Dr. Herbert Lang
Heinrich Stahl
Christine Bauer-Engel
Eckehard Böving
Dr. Heinrich Calice
Dr. Alfred Catharin
Lim. Julian Griebel
Hedi Jammervoll
Komm.Rat Franz Tost
Vizepräsident
Abg.z.NR Otto Skritek
Karl Dirschmied
Präsident
Komm.Rat Carl Hans Schön-
bichler
Dr. Theo Hildebrand
Dr. Paul Kupka
Sekretär Eduard Kalina
Dr. Fritz Bem

Othmar Lucensky
Kom.Rat Karl Basch
Dr. Werner Dünser
Dr. Helmut Haller
Ing. Helga Moser
Dr. Oskar Rick
Richard Schnabl
Prok.Ing. Erich P.Frieser
Komm.Rat Alfred Weiß
Gen.Dir.DKfm. Karl Kral
BR Dr. Anna Demuth
Dr. Emanuel Guber
DDr. Hans Hetl
Univ.Prof.Dr. Herbert Mittag
Univ.Prof.Dr. Karl Skowronnek
Robert Marco
Dr. Friedrich Swoboda
DKfm. Edith Zimmermann
Dr. Peter Ruth
Dr. Helmut Ivo
Gerlinde Ivo
Min.Rat DDr. Lingens
Ernst Krebs
Herbert Olchowsky
Bundesinnungsmeister
Josef Schärfl
Erna Scheidl
Ing. Gerlinde Schreiner
Arch. Dipl.-Ing. Karl Mang
Prof. Karl Augustinus Bieber
Dipl.-Ing. Thomas Stemberger
Bundesinnungsmeisterstellver-
treter Johann Edelmann
Komm. Rat Felix Effenberg
Bundesinnungsmeister Karl Hejda
Komm. Rat Erich Weinberger

Blatt 21Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Österr. Management-Institutionen

Obmann: Direktor Dr. Herbert SALZBRUNN
(WIFI der Bundeswirtschaftskammer)

Stellvertreter: Dr. Bernd INGRISCH
(Berufsförderungsinstitut)

Schriftführer: DKfm. Karl Leitner
(Institut für moderne Industrieführung
der Industriellenvereinigung)

Kassier: Ing. Hermann REITSCHITZ
(ÖPZ)

Vertreter d. Hochschulen: o.Prof. Ernest KULHAVY
(Hochschule Linz)

Rechnungsprüfer: Min.Rat Dr. Rupert ZIMMERMANN
(ÖIAG) und
Dr. Wilfried Mündel
(ÖAKT).

Kraftfahrbeirat (Funktionsperiode bis 29.7.1973)

Dipl.-Ing. Erich L a t a l
Kommerzialrat Karl Z i z a l a
Direktor Josef L ö w
Österr. Automobilfabrik - ÖAF, Gräf & Stift AG.,
Kommerzialrat Anton Rottensteiner
Kommerzialrat Dr. h.c. Hans E h g a r t n e r
Dr. Hans H a j e k
Anglo-Elementar Vers. AG.,
Kommerzialrat Georg L o h b e r g e r
Kommerzialrat Friedrich P e r k a
Kammerrat Karl R a m l
Friedrich G r o n e m a n n
Walter D a r m s t ä d t e r
Sekretär der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr
Alois S t i d l
Direktor Otto S p r i n g e r
Oberamtsrat Ing. Alois O b e r t l i k
Kommerzialrat Carl R a i n e r
Robert F r e i t a g
M.Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten
Dr. Friedrich C h o r i n s k y
Mobil-Oil-Austria AG.,

Kommerzialrat Heinrich M e n a r d i
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Tirol
DKfm. Erich S c h a l l e r
Bundeswirtschaftskammer
Dipl.-Ing. Franz G e i g e r
Dr. Ernst M a s s a u e r
Othmar L u c z e n s k y
Leitender Sekretär der Arbeiterkammer Wien
Dr. Erich S c h m i d t
Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Ing. Helmut S t e n z e l
Dipl.-Ing. Heinz R i t t e r
Dr. Rolf E. V e i t
Ing. Hans H o b l
Peter M a n h a r d t
Leopold P o s p i s i l

Der Zentralen Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung gehören außer Beamten meines Ressorts als Mitglieder folgende Personen an:

DKons. Dr. Hans H ä u s l e r - A n g e l i
(Bundeswirtschaftskammer)
Dr. Martin M e c h e s
(Bundeswirtschaftskammer)
Dr. Georg P i s k a t y
(Bundeswirtschaftskammer - WIFI)
Sekretär Dr. Friedrich N e u w i r t h
(Österr. Arbeiterkammertag)
Sekretär Franz M r k v i c k a
(Österreichischer Gewerkschaftsbund)
Sekretär Josef R a t h
(Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter)
Prof. Dipl.-Ing. Werner J o h n
(Bundesministerium für Unterricht und Kunst)
Min.Rat Dipl.-Ing. Friedrich P a n y
(Bundesministerium für Unterricht und Kunst)
Min.Rat. Mag-phil. Josef R a d l e g g e r
(Bundesministerium für Unterricht und Kunst)

Blatt 23Kuratorium des österr. Fremdenverkehrs

Vertreter der Bundesländer (Arbeitsgemeinschaft der Bundesländer):

w.Hofrat Dr. H z o u s

Hofrat Dr. M a n z a n o

Ld. Fremdenverkehrsdirektor Dr. S o h m

Arbeitsgemeinschaft der Verbände der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft:

Bundessektionsobmann

Kom.-Rat L i ß b a u e r

Zentraldirektor

Kom.-Rat M i l l w i s c h

Syndikus Dr. Z e d e k

Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes:

für den österreichischen Gemeindebund:

Generalsekretär Hofrat Dr. H a m m e r

für den Österreichischen Städtebund:

der Obmann des Fremdenverkehrsausschusses

Bürgermeister Prof. W a l l n e r

Am Kuratorium nehmen außerdem teil:

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:

Kommerzialrat S c h e i n e r

Österreichischer Arbeiterkammertag

Kammeramtsdirektor Dr. R o h r i n g e r

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern

Österreichs:

Dipl.-Ing. W i c h a

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Obmann S a i l e r

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie"

DKfm. Günter K A H L E R

Forschungsförderungsfonds der gewerbl. Wirtschaft

Dir. Dr. Peter S C H R A M K E
Österr. Kommunalkredit AG

Dr. Harald L A N G
Österr. Investitionskredit AG

Dr. Endree I V A N K A
Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft
Sektion Industrie

SR. Dr. Erich S T A R I N G E R
Bundesministerium für Finanzen

MR Dr. Franz L E N E R T
Bundesministerium für soziale Verwaltung

Dr. Horst B E D N A R
Bundesministerium für soziale Verwaltung

Dr. Helmut D O R N
Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft
Finanzpolitische Abteilung

Dr. Kurt B R U N O L D
Bundessektion Geldkredit und Versicherungswesen

Dir. Dr. Helmut H a s c h e k
Österr. Kontrollbank AG

DKfm. Dr. Jörg S C H R A M
EE-Fonds

Dr. Peter K A P R A L
Vereinigung Österreichischer Industrieller

MR Dr. Franz M Ü L N E R
Bundeskanzleramt - ERP-Fonds

MK DDr. Gottfried Z W E R E N Z
Bundeskanzleramt - Sektion V

Blatt 25

Dr. Klaus G O S C H L E R
Hauptverband der Österr. Sparkassen

Bürgschaftsfonds der
Kleingewerbekreditaktion
d. Bundesministeriums für Handel,
Gewerbe und Industrie, Ges.m.b.H.

Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz:

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Dr. Rudolf C H R I S T I A N und
Dr. Gerhard K A R S C H

Österr. Arbeiterkammertag
Dr. Otto A U R A C H E R

Vereinigung Österr. Industrieller
Dr. Otto H A R T I G

Präsidentenkonferenz der
Landwirtschaftskammern Österreichs

Österr. Gewerkschaftsbund
Dr. Erich S C H M I D T

Österr. Patentanwaltskammer
Präsident Dipl.-Ing. Otto P U L I T Z E R

Österr. Vereinigung für Gewerbl.Rechtsschutz u. Urheberrecht
Präsident Dipl.-Ing. Walter H A M B U R G E R

Dipl.-Ing. Dr. Hans B A R N S T E D T
Ring der Angestellten im gewerblichen Rechtsschutz

"Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Entwurfes für ein
EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz"

Gesandter Dr. Maschke

Bundesministerium für Aus-
wärtige Angelegenheiten

MR Dr. Beelitz

Bundeskanzleramt

MS. Dr. Mutz

Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst

Dir.Rat Dr. Pollak und
Zentr.Insp. Dr. Uhlik

Bundesministerium für Verkehr

MR Dr. Degen

Bundesministerium für Inneres

Dr. Melis

Dr. Ertl

Dr. Vejborny

Dr. Heher

Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft

DKfm. Dr. Janouschek	Fachverband d. Berg-und Hüttendindustrie
Dr. Placek	Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft - Sektion Industrie
Dr. Oliva	Vereinigung Österr. Industrieller
Dr. Lachs	Österr. Gewerkschaftsbund
Dipl.-VW. Krywult	
Dr. Hruby	Österr. Arbeiterkammertag
Dir. Wohlgemuth	Walzstahlbüro
Dr. Hofstätter	
Dr. Operschall	VOEST-Alpine-Montan AG
Dr. Engleitner	
Dr. Lowitzer	Gebrüder Böhler & Co. AG
Dr. Buchlehner	
Dr. Gfohler	Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG
KR. Roth	Schmidtstahlwerke

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz:

Sekr. Herbert JANAK,	Arbeiterkammer
DKfm. Ferdinand LACINA,	"
DDr. Heinrich, KOPECKY,	Bundeswirtschaftskammer
Dr. Leopold EHRENBERGER,	"
Dr. Gustav ZEDEK,	"
Komm.-Rat Ferdinand MAYR,	"
Abg. z. NR Kurt MÜHLBACHER,	"

Dem "Interministeriellen Beiratsausschuß für Investorenberatung" gehören in erster Linie die zuständigen Fachabteilungen der berührten Bundesdienststellen an, die im allgemeinen durch den jeweiligen Abteilungsleiter oder in seinem Auftrag durch einen zugeteilten Beamten vertreten sind. Folgende Dienststellen, außer dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, sind in dem Ausschuß vertreten: Bundeskanzleramt (Sektion V), Bundesministerium für soziale Verwaltung (Informationsdienst für Standortfragen des Arbeitsmarktes, Arbeitsmarktverwaltung),

Blatt 27

Bundesministerium für Finanzen (Volkswirtschaftliche Abteilung),
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Sektion II
und Sektion IV) und Österreichische Nationalbank (Büro für
Überwachung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland).

"Beirat zur Förderung der Zuckerverwertung und der Stärkeför-
derung (Mitglieder und Ersatzmitglieder):

MR Dr. Kaber und Kom.Dr.Ditfurth (Bundesministerium für
Finanzen), Sekt.Rat DKfm. Belz und Koär Dr. Seibold (Bundes-
ministerium für Land- und Forstwirtschaft), DKfm. Blaha und
Dipl.-Ing. Weihs (Arbeiterkammertag), Dr. Ertl und Dr. Schwarz
(Bundeswirtschaftskammer), Dr. Lachs und Dr. Schmiedt (ÖGB),
Dr. Korbl und Dr. Szlezak (Präsidentenkonferenz).

Der Arbeitsgruppe zur Lösung der Probleme landwirtschaftlicher
Verarbeitungserzeugnisse gehören Vertreter der Bundeswirtschafts-
kammer, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidenten-
konferenz der Landwirtschaftskammern sowie des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes an.

Ressortfremde Mitglieder des gemäß § 15 des Außenhandelsgesetzes
zusammengesetzten Beirates sind ("Außenhandelsbeirat"):

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
(1 Vertreter)

Bundesministerium für soziale Verwaltung:
Sekt.Rat Dr. Steinbach, VB. Dr. Hulka

Bundesministerium für Finanzen:
Sekt.Rat Dr. Reichenfelser, Sekt.Rat Dr. Stierle

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:
Min.Rat DvW.Oemer, Sekt.Rat DKfm. Belz

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:
Dr. Stadler-Wolffersgrün, DKfm. Weihs-Riehl

Österreichischer Arbeiterkammertag:
Dr. Zöllner, DvW.Krywult

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:
Dipl.-Ing. Kučera, Dipl.-Ing. Strasser

Bundeskammervertreter: RS.Andexlinger, Fach-ÖInsp.Figo

Österreichische Nationalbank:
Kontr. Leeb, OKontr. Pipelka

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz:
Mag. Jörg Jordan (als Sachverständiger)

Im Rahmen des Beirates nach dem Antidumpinggesetz 1971
bzw. nach dem Anti-Marktstörungsgesetz 1971 waren tätig:

Bundesministerium für Inneres:
Min. Rat Dr. Singer

Bundesministerium für soziale Verwaltung:
Sekt.Rat Dr. Steinbach

Bundesministerium für Finanzen:
Min.Rat Dr. Rieder

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:
Min.Rat DvW. Oemer

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:
Dr. Gleissner

Österreichischer Arbeiterkammertag:
DvW. Krywult

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:
Dipl.-Ing. Kučera

Österreichischer Gewerkschaftsbund:
Dr. Lachs

Vereinigung österreichischer Industrieller:
Dr. Weber (als Sachverständiger)

Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung

Bundeskanzleramt, Sektion IV,
verstaatlichte Unternehmungen

Blatt 29

Bundesministerium für Bauten und Technik,
MR Dipl.-Ing. Golliasch

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten,
Gesandter Dr. Karl Fischer

Bundesministerium für Inneres,
MR Dr. Gottfried Lipovitz

Bundesministerium für Soziale Verwaltung,
MR Dr. Kammenitschek

Bundesministerium für Finanzen,
Min. Sekr. Ernst Kinast

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Min. Rat Dr. Priewasser

Bundesministerium für Verkehr,
Min. Rat Dr. Erich Polacek

Amt der Wiener Landesregierung,
amtsführender Stadtrat Dr. Hannes Krasser

Amt der N.Ö. Landesregierung,
ORR. Dr. Johann Neumayer

Amt der O.Ö. Landesregierung,
HR.Dr. Baumgartner

Amt der Salzburger Landesregierung,
w.HR. Dipl.-Ing. Dr. Jonak

Amt der Steiermärkischen Landesregierung,
HR Dr. Helmut Kreuzwirth

Kammer d. gewerbl. Wirtschaft für Steiermark,
Dr. Nikolaus Kotzbeck

Amt der Kärntner Landesregierung,
LORR. Franz Strafner

Amt der Tiroler Landesregierung,
HR Dr. Josef Pig

Amt der Vorarlberger Landesregierung,
H. LRR. Dr. Anton Sutterlüty

Amt der Burgenländischen Landesregierung,
LORR. Dr. Adalbert Vukovits

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Dr. Knoll

Blatt 30

Österr. Arbeiterkammertag,
DKfm. Hauf

Präsidentenkonferenz d. Landwirtschaftskammern Österreichs
Dr. Wejwoda

Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik

Bei diesem Arbeitskreis sind ständige Vertreter der Bundeskammer und der Industriellenvereinigung nicht nominiert. Lediglich für die Bundeskammer nimmt Dr. Knoll in seiner Funktion als UW-Beauftragter der Bundeswirtschaftskammer teil.

Blatt 31

ad 9.) "Wie hoch ist die Entschädigung bzw. Entlohnung, die diese Personen für ihre Mitarbeit beziehen oder bezogen haben; namentlich aufgeschlüsselt?"

Die in den oben angeführten Beiräten, Kommissionen, Projektgruppen etc. mitarbeitenden Personen erhalten für ihre Tätigkeit vom ho. Ressort weder eine Entschädigung noch eine Entlohnung.

ad 10.) "Welche Enqueten wurden oder werden 1972 und 1973 von Ihnen abgehalten?"

IV. Österreichisches Konsumentenforum, 30. November 1972.

Blatt 33

ad 11.) "Zu welchen Ergebnissen führten sie und wo finden diese Ergebnisse ihren Niederschlag, bzw. wie werden diese Ergebnisse weiter behandelt?"

Die auf dem IV. Konsumentenforum gemachten Vorschläge und Forderungen sind teilweise dem Konsumentenpolitischen Beirat und seinen Ausschüssen zur Weiterbearbeitung übergeben und teilweise an die zuständigen Ressorts , weitergeleitet worden.

ad 12:) "Welches Timing legen Sie den in diesen Enqueten behandelnden Problemen zu ihrer Lösung zugrunde?"

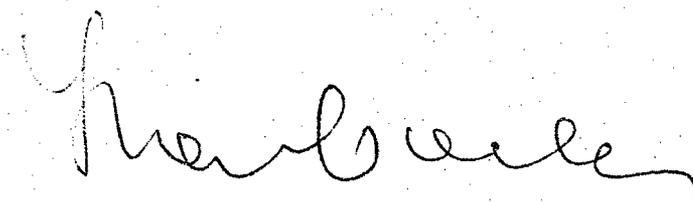
Auf Grund der diesbezüglichen Anregungen, die sich aus dem Konsumentenforum ergeben, und nach Beschluß durch den Konsumentenpolitischen Beirat werde die diversen Themen unverzüglich den Ausschüssen zur Bearbeitung übergeben. Als Schwerpunkte der weiteren Arbeit sind anzusehen: Textilpflegekennzeichnung, Produktdeklaration, wettbewerbsfördernde Maßnahmen, Musterverträge für verschiedene Branchen, Klarheit und Wahrheit in der Reisebürowerbung, Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen.

Blatt 35

ad 13.) "Haben Sie - entsprechend der mit Nachdruck angekündigten Finanzplanung - auch Finanzierungspläne zu dem jeweiligen Problemkreis, der Gegenstand der Arbeiten in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen und Enqueten ist oder war, ausgearbeitet?"

ad 14.) "Wenn ja, wie lauten diese?"

Für den gesamten Ressortbereich wird jedes Jahr auf Grund des Budgetgesetzes ein Finanzplan ausgearbeitet. Für die einzelnen Teilbereiche der Tätigkeiten des Ressorts, die auf die Arbeiten in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, etc. Bezug haben, war bisher im Hinblick auf die Art der Tätigkeit und die Höhe der erforderlichen Mittel die Ausarbeitung eines gesonderten Finanzplans im Rahmen des Gesamtfinanzplanes des ho. Ressorts nicht notwendig.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Harbeck', is written in the lower middle section of the page.